



## HTP Fohndorf Viele Kündigungen

Bei der HTP (High Tech Plastics) in Fohndorf wurden 70 Mitarbeiter zur Kündigung beim AMS vorgemerkt. Bis dato wurden 50 Arbeiter und Angestellte entlassen. Das Geschäft läuft sehr schlecht. Bei der HTP werden Kunststoffteile produziert, etwa Konsolen für Autos. Die Mitarbeiter sind besorgt

über ihre Zukunft, manche bekamen beispielsweise Urlaub angeordnet, da keine Arbeit für sie da ist. In Fohndorf macht man sich Sorgen, ob das Unternehmen überhaupt bestehen bleibt. Wir hoffen auf eine positive Entwicklung und dass für die gekündigten rasch etwas gefunden wird, und es für Härtefälle einen Ausgleich gibt.



**ARBEITERKAMMERWAHL 28.3 BIS 10.4.2019**

### KPÖ-Fohndorf sucht Mitstreiter

Für die nächsten Gemeinderatswahlen werden neue Mitstreiter gesucht. Leute die sich mit den Ansichten der KPÖ befassen und sie auch teilen sind herzlich eingeladen.

kp.fohndorf@kpoe-steiermark.at

Tel. 0664 / 7346 2480

**Alle Räder stehen still  
wenn dein  
starker Arm es will**



Die Arbeiterkammer ist die Pflichtversicherung der arbeitenden Menschen zur Einhaltung ihrer Rechte. Alle unselbstständig Beschäftigten – auch „Geringfügige“ – dürfen wählen, am besten den Gewerkschaftlichen Linksblock - KPÖ!



Aus dem Gemeinderat

# Finanzdesaster Therme

Die Therme benötigte vor dem Sommer wieder einen Investitionszuschuss von der Gemeinde um ihre finanzielle Lage zu stabilisieren. Die Therme ist nicht in der Lage das jährliche Darlehen zurückzuzahlen. Die Gemeinde muss einspringen.

Noch kann Landeshauptmann Stv. Schickhofer mit den benötigten 935.000 Euro als Bedarfszuweisung einspringen.



KPÖ Gemeinderätin Elfi Wieser

Der Mobilitätszuschuss für Studierende beträgt wieder 150 Euro pro Person.

Für 2019 ist ein zweitägiges Murtal-Sommer-Open-Air geplant. Es soll ein Gemeinschaftsprojekt von mehreren Gemeinden werden, die sich die Kosten aufteilen. Vorläufig geplante Kosten: 260.000 Euro.



# Was bringt die Globalisierung?

Durch das Auf- und Zukaufen bzw. die Zusammenführung der einzelnen Warenhäuser entstehen Monopolisten. Die Marktwirtschaft wird zentralisiert. Mit dem sammeln von Kundenkarten geben wir freiwillig unser Einkaufsverhalten preis. Wir bekommen dadurch Produkte vorgesetzt die zentral gelenkt werden. Die Technik ist so weit fortgeschritten das auch schon elektronische Preisschilder eingesetzt werden können. Damit kann man Preise im Laufe

des Tages jederzeit ändern. An Wochenenden wo viele Kunden shoppen wird das Produkt teurer und zu Zeiten wo wenig Kundenfrequenz herrscht wird das Produkt billiger. Das alles kann zentral gesteuert werden. Damit wird uns das Geld aus der Tasche gezogen und die Monopolkonzerne verdienen noch mehr. In ganz Europa bekommen wir schon die gleichen Waren. Die einzelne Vielfalt und Buntheit geht dadurch verloren.

# Staat zahlt Privatbesuch von Putin !

Die Sicherheitsvorkehrungen bei der Hochzeit von FPÖ Außenministerin Karin Kneissl für den Privatbesuch von Präsident Putin kostete dem Steuerzahler 223.000 Euro. Diese Kosten müsste die Außenministerin sofort dem Staat zurückzahlen. Überall wird gespart, deshalb darf man Steuergelder nicht für private Feiern verschleudern.

# Die wichtigsten Forderungen aus dem Gesundheitsprogramm der KPÖ

- Wir brauchen keine Geschäftemacherei im Gesundheitsbereich, keine Privatisierung der Gesundheitsversorgung und keine Subventionierung von Superprofiten von Pharmaindustrie und Gesundheitskonzernen.
- In allen Regionen der Steiermark, auch am Wochenende und abends, muss die wohnortnahe allgemeinmedizinische Versorgung als Kassenleistung gegeben sein.
- Statt immer mehr Wahlarztpraxen müssen ausreichend Kassenstellen geschaffen werden.
- Durch Schließungen oder Zusammenlegungen von Spitälern darf die Gesundheitsversorgung im ländlichen Bereich nicht noch weiter ausgedünnt werden.
- Spitäler in der Peripherie sollen Aufgaben in der Akutpflege, Nachsorge und Remobilisation übernehmen.

Die Broschüre des Gesundheitsprogrammes kann kostenlos im Büro der KPÖ Fohnsdorf abgeholt werden.



Robert Krotzer und Claudia Klimt-Weithaler von der KPÖ



## Pensionen werden immer weniger wert

*Der Pensionschmäh läuft schon wieder: Die Regierung lobt sich selbst für die Erhöhung von 2,6 Prozent. Dabei steigen die Preise für den täglichen Bedarf um 5,5 Prozent! LAbg. Werner Murgg (KPÖ): „Unsere Pensionen werden immer weniger wert. Was Kurz und Strache als einen Erfolg für die ältere Generation verkaufen wollen, ist in Wirklichkeit eine Mogelpackung!“*

### Die Fakten

Pensionisten mit einer Pension bis zu 1.115 Euro erhalten 2,6% Erhöhung. Von 1.115 bis 1500 Euro gibt es eine Einschleifregelung von 2,6% bis 2%, von 1.500 bis 3.402 Euro beträgt die Erhöhung nur mehr 2% und bei mehr als 3.402 Euro gibt es einen Sockelbetrag von 68 Euro im Monat. Alles in Bruttobeträgen.

**2019** gibt es für kleine Pensionen eine Erhöhung um 2,6 Prozent, die anderen bekommen nur zwei Prozent. Die Regierung stellt das als eine soziale Wohltat dar. Dabei verschweigt sie, dass die offizielle Inflationsrate

schon längst bei 2,2 Prozent liegt. Lebensmittel, Energie, Zug und Bus und vor allem das Wohnen werden immer teurer. Der Wocheneinkaufskorb ist sogar um 5,5 Prozent teurer geworden.

## Pensionserhöhung ungerecht

**UNSERE MEINUNG:** Durch die prozentuale Pensionserhöhung entsteht Ungerechtigkeit. Diesmal macht die Erhöhung bei 1.000 Euro Pension 26 Euro und bei 2.000 Euro 40 Euro aus. Gerecht kann nur ein Fix-Betrag von 50 Euro als Erhöhung für ALLE Pensionen 2019 sein. Der Einkauf ist für jeden gleich teuer.



## Veruntreuung bei Airpower?

Die KPÖ hat davor gewarnt, dass das Land Steiermark ohne Rechtsgrundlage Förderungen von 800.000 Euro pro Airpower, im Jahr 2016 sogar 1,2 Mio. Euro, an die Veranstalter (Bundesheer und ein Getränkehersteller) vergibt! Nun ermittelt - aufgrund eines Rechnungshofberichts, der die unverantwortliche Vorgangsweise der alten Landesregierung aufdeckte - die Staatsanwaltschaft gegen die damalige Landesregierung.

## Löhne erhöhen!

GLB-ProGe Vorsitzende  
Hilde Tragler zur  
Metallerlohnrunde



Die Nettorealeinkommen in Österreich stagnieren seit Jahren. Scheinheilig wird dies nun von der Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ kritisiert und die Gewerkschaft zu einem kräftigen Lohnabschluss aufgefordert. Dabei setzen FPÖ und ÖVP Maßnahmen, die zu verstärktem Druck auf die Löhne führen. So werden etwa mit den neuen Arbeitszeitregeln Überstundenzuschläge ausgehebelt und es ist möglich bis zu 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. FPÖ und ÖVP setzen eins zu eins die Wünsche der Konzerne um. Auf uns Beschäftigte wird vergessen.

Es ist daher dieses Jahr für alle Branchen besonders wichtig, dass bei den Metallerlohnverhandlungen ein gutes Ergebnis für uns Beschäftigte erreicht wird. Sie sind die Richtschnur für die nachfolgenden Verhandlungsrunden in den anderen Kollektivverträgen. Die ProGe fordert 5 % mehr Lohn und Gehalt, eine Arbeitszeitverkürzung und eine leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche.

Angesichts der Milliarden Gewinne der Konzerne ist das leicht finanzierbar. Zuletzt sind die Gewinne in der Metallindustrie beispielsweise um 2,58 Milliarden Euro bzw. 15 % angestiegen. Und auch der wirtschaftliche Ausblick für das kommende Jahr ist gut.

**Als GLB Verhandlerin in der Fahrzeugindustrie unterstütze ich die Forderungen der ProGe.** Wie immer gilt aber, dass die beste Forderung nichts nützt, wenn man nicht dafür kämpft. Es braucht daher ein entschlossenes Auftreten und auch die Bereitschaft zu streiken, denn sonst bleibt von dem, durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen, angekündigten heißen Herbst nur eines übrig, nämlich viel heiße Luft.

Hilde Tragler, GLB-Betriebsrätin bei MAGNA Graz

## Was uns AUF- und EINFÄLLT...

.. dass die EU von Gipfel zu Gipfel neue Schritte der Aufrüstung beschließt. Davon hört man in den Medien aber sehr wenig.



... dass die SPÖ im Landtag für die 12-Stundenwoche gestimmt hat. Die Gewerkschaft und viele SP-Anhänger haben nicht verstanden, wie die der SPÖ-Landtagsklub der Bewegung gegen den Sozialabbau so in den Rücken fallen konnte.



... dass sich die Regierung für die Pensionserhöhung 2019 selbst lobt. Dabei liegt sie unter der offiziellen Inflationsrate. Das Realeinkommen der Senioren sinkt weiter.



... dass die Firma Vögele an eine international agierende „Heuschrecke“ verkauft worden ist, die vor allem schnelles Geld machen will. Deshalb sind schon viele Filialen zugesperrt worden.



... dass SPÖ und ÖVP mit einer Verfassungsänderung die Budgethoheit des Landtages aushebeln. Eine laufende Kontrolle der Landesfinanzen wird dadurch fast unmöglich.

## Grias di!

Wo man das Zeichen des „Steirischen Dorfwirtes“ sieht, ist man als Gast herzlich willkommen und kann Speisen der Region, aber auch die Atmosphäre des Ortes, sowie seiner Bewohner, kennen und schätzen lernen.

Der mit viel Liebe geführte Familienbetrieb steht Ihnen für Feiern im Kreise der Familie, als auch für Firmenfeiern gerne mit Rat und Tat zur Seite

## Wir g'frein uns auf eich!



Hauptplatz 6, 8753 Fohnsdorf, Tel: 03573 / 4880,  
E-Mail: [engelhardt@twin.at](mailto:engelhardt@twin.at), Web: [www.engelhardt-fohnsdorf.at](http://www.engelhardt-fohnsdorf.at)

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: KPÖ, 8753 Fohnsdorf, Josefpfplatz 3a, Tel&Fax 03573 / 2166, Verantwortlicher Chefredakteur und Hersteller: Andreas Fuchs, E-Mail: [a.fuchs@kpoe-steiermark.at](mailto:a.fuchs@kpoe-steiermark.at). Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker. Die Rundschau für Judenburg und Fohnsdorf dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerkennzeichen“ des Österreichischen Umweltzeichens, UZ-Nr. 01, 2702 Kennzeichen

# Die Arbeiterkammer: Wichtiger denn je

„In der steirischen Arbeiterkammer ist die Liste GLB-KPÖ die einzige konsequente Kraft für die Interessen der arbeitenden Menschen. Ich lade Sie ein, uns bei der kommenden Wahl 2019 zu unterstützen!“

Kurt Luttenberger, Spitzenkandidat



**GLB-KPÖ**

## Interview mit Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger

**ÖVP und FPÖ setzen zahlreiche Verschlechterungen durch, Stichwort Arbeitszeit, Krankenkassen oder Arbeitslosenversicherung. Was kann man dagegen zu tun?**

Zunächst müssen die arbeitenden Menschen informiert werden, was die Schwarz-Blau Regierung für sie bedeutet. Schließlich werden Verschlechterungen von der Regierung oft als Verbesserung verkauft. Der Schmach mit den angeblichen Einsparungen bei der Verwaltung ist ja uralte, aber er kommt immer wieder. Und dann gilt es natürlich Widerstand zu organisieren.

### Sichwort heißer Herbst?

Ich hoffe der kommt noch! Bis jetzt gab es leider nur eine Großdemonstration gegen den 12-Stunden Tag in Wien.

Der ÖGB Steiermark hat nur symbolisch protestiert indem er am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes 5000 Luftballons aufsteigen ließ. Das, was die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen abliefern ist entschieden zu wenig.

**Die Herbstlohnrunde der Metaller gerade begonnen. Da spielt das Thema Arbeitszeit wieder eine Rolle!**

Richtig. Die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung und der leichteren Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche passen auch. Ebenso ist die Forderung von 5 % mehr Lohn angesichts der Teuerung gerechtfertigt. Es muss uns aber bewusst sein, dass uns die Gegenseite die Forderungen nicht freiwillig erfüllt, da braucht es Kampfbereitschaft.

**Nun zum nächsten Frühjahr. Vom 28.3.-10.4.2019 finden Arbeiterkammer-Wahlen in der Steiermark statt. Du wirst als Spitzenkandidat der Liste GLB-KPÖ antreten?**

Ja, wir treten wieder mit unserem Team der derzeit vier Kammerräte an, das sind Gerhard Simbürger, Hilde Tragler, Uwe Süß und ich. Wir möchten wie bisher diejenigen sein, die der sozialdemokratischen Mehrheit genau auf die Finger schauen und die Dinge aufzeigen, die nicht funktionieren.

### Was denn konkret?

Etwa die Wohnbeihilfe. Ich erwarte mir von der AK, dass sie im Interesse der Betroffenen agiert und nicht der Landesregierung aus SPÖ und ÖVP die Mauer macht. Die AK muss sich für ihre Mitglieder einsetzen, auch wenn sozialdemokratische Kammerfunktionäre sich gegen die Kürzungen der eigenen Partei stellen müssen.

**Glaubwürdigkeit scheint für dich ein Thema zu sein?**

Es sollte nach der Wahl das gelten, was zuvor gefordert wurde. Da haben wir als Gewerkschaftlicher Linksblock mit der KPÖ einen hervorragenden Partner. Denn da gilt das im Wahlkampf gesagte. Andere Fraktionen haben es da nicht immer so leicht.

**Gibt es abschließend noch etwas was du uns mitteilen möchtest?**

Ich würde mir wünschen, dass so mancher sozialdemokratischer Spitzenfunktionär in Arbeiterkammer und ÖGB einfach einmal von einem Durchschnittsgehalt leben müsste, das würde denke ich, einiges in der Sichtweise ändern. Bei der KPÖ gilt, wie bekannt eine Gehaltsobergrenze, die täte anderen auch gut!



**Dem Bundespräsidenten sollte höchstens das 10fache des jeweiligen Mindestlohns zustehen**